



politische Bildung | 12.12.2019 | Nr. 440/19

Tobias von der Heide: TOP 20: Jahr der politischen Bildung ist ein Erfolg

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Shell-Studie

politische Bildung ist wichtiger denn je. Die Shell-Studie 2019, die 12- bis 25-Jährige befragt hat, zeigt Ergebnisse, die uns besorgt machen sollten. Im Schatten von einigen Engagierten, das ist eine Haupteckdaten der Studie, wächst eine Gruppe von Jugendlichen heran, die sich von Politik missverstanden, ignoriert und sogar manipuliert fühlt - und die in Teilen Denkmuster und Verhaltensmuster von Populisten übernommen haben, so die Autoren der Studie.

Regionalanalyse Rechtsextremismus

Kürzlich ist durch das Demokratiezentrum unseres Landes eine Regionalanalyse zu Rechtsextremismus vorgestellt worden. 2800 Schüler aus den 7. und 9. Klassen sind in Schleswig-Holstein befragt worden. Die Aussage „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“ stimmen 24,1 Prozent der Jugendlichen zu. Der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die das deutsche Volk insgesamt verkörpert.“ stimmen 33,5 Prozent zu. Der Aussage „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann sehen.“, stimmen erschreckenderweise 19,2 Prozent der Befragten zu. Diese Erkenntnisse machen besorgt und noch einmal klar, dass wir in Sachen politische Bildung noch Luft nach oben haben.

Jahr der politischen Bildung ist ein Erfolg

Das hat auch der Landtag und die Landesregierung erkannt. Nicht ohne Grund haben

wir 2019 zum Jahr der politischen Bildung ausgerufen. Viele Aktionen und Projekte sind auf den Weg gebracht worden. Dazu gehören u.a. die Juniorwahl KIDS, neues Material zur Demokratiebildung, das Projekt Openion, Demokratie:werk, Schulungen für Lehrkräfte und Schulleitungen und dann natürlich auch Dialog P. Viele Abgeordnete sind auch ganz unabhängig von einem Landtagswahlkampf in die Schulen gegangen und haben engagiert mit Schülerinnen und Schülern über Politik diskutiert. Ich habe dazu bis jetzt nur positive Rückmeldungen bekommen. Und ich bin mir sicher, dass wir auch nach dem Jahr der politischen Bildung gute Projekte fortführen und verstetigen werden.

Politische Bildung in der Schule außerhalb des Unterrichts

Richtig ist auch, dass wir uns um politische Bildung in der Schule und auch im Unterricht kümmern müssen. Ich will aber auch betonen, dass politische Bildung in der Schule nicht nur im Unterricht stattfindet. Unser System der Schülervertretung mit der Drittelparität in der Schulkonferenz führt dazu, dass viele Schülerinnen und Schüler in der Schulgemeinschaft neben dem Unterricht auch aktiv erleben, wie Demokratie funktioniert und selbst aktiv teilnehmen. Ich selbst bin über diesen Weg politisiert worden.

WiPo in der Sekundarstufe I

Trotzdem muss politische Bildung auch im Unterricht seinen festen Platz haben. Die SPD und der SSW fordern 6 Jahreswochenstunden für das Fach WiPo in der Sekundarstufe I. Wir werden den Antrag in den Ausschuss verweisen, weil es sich lohnt über politische Bildung in der Schule zu diskutieren. Allerdings möchte ich dazu schonmal folgendes festhalten.

Erstens: Ich glaube, dass es sinnvoll ist erst einmal darüber zu sprechen, wo im Unterricht eigentlich politische Bildung stattfindet. Die Kleine Anfrage von Jette Waldinger-Thiering hat sehr anschaulich gezeigt, dass es viele Fächer gibt, in denen politische Bildung stattfindet. Es geht nicht nur um WiPo, es geht auch um Geschichte, Religion, Philosophie, Geographie, Weltkunde und vielleicht sogar Kunst, Musik und Deutsch. Und es gibt mit Sicherheit auch Themen, die in anderen Fächern als WiPo besser aufgehoben sind. Die Frage, ob Hitler ein großer Staatsmann ohne die Judenvernichtung gewesen wäre, passt am besten in den Geschichtsunterricht. Klimaschutzpolitik passt sehr gut in das Fach Geographie. Zweitens: Ich halte es für unredlich bei der aktuellen Unterrichtsversorgung, heute bereits über neue zusätzliche Stunden in der Kontingenzstundentafel zu sprechen. Trotz einer Unterrichtsversorgung von 100 Prozent ist es noch nicht an der Zeit die Stundenanzahl zu erhöhen, weil dies auf Kosten anderer Fächer gehen würde. Ich hoffe, dass das keiner hier möchte.

WiPo und Oberstufenreform

Dann werden wir ja auch über die neue Oberstufenverordnung sprechen. Hier finde ich es wichtig zu betonen, dass mit dem Berufsorientierungsseminar WiPo im Verordnungsentwurf im gleichen Umfang wie in der Vergangenheit erhalten bleibt.

Das wird an verschiedenen Stellen ja oft anders dargestellt. Aber auch dazu lohnt sich eine Diskussion im Ausschuss.

Wie so oft eint uns das Ziel, allerdings noch nicht der Weg. Aber wir wollen alle, dass die politische Bildung in der Schule gestärkt wird.

Danke für die Aufmerksamkeit